

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 83 (2003)  
**Heft:** 3

**Vorwort:** Neue Energiepolitik statt Moratorium  
**Autor:** Forster, Ueli

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Ueli Forster**

ist Präsident der  
economicsuisse, dem  
Dachverband der  
Schweizer Wirtschaft.

## NEUE ENERGIEPOLITIK STATT MORATORIUM

*Wollen wir wirklich, dass unsere Abhängigkeit vom Ausland zunimmt, die Preise steigen und die Umweltbelastung zunimmt? Das ist die Grundfrage, welche aus der Sicht der Schweizer Wirtschaft im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 18. Mai gestellt wird.*

**E**lektrische Energie gehört zu den wichtigen Produktionsfaktoren unserer Wirtschaft; die sichere, kostengünstige und verlässliche Elektrizitätsversorgung trägt entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz bei. Darüber hinaus hat die Strombranche selbst eine grosse wirtschaftliche Bedeutung: Insbesondere für die Speicherkraftwerke ist der Stromhandel ein wichtiger Faktor, welcher Arbeitsplätze und Einnahmen in den Bergregionen sichert.

Die Befürworter der beiden Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» wollen mit der Stilllegung der Kernkraftwerke 40 Prozent der Schweizer Stromproduktion streichen – notabene bei einem nach wie vor zunehmenden Stromverbrauch. Unabhängig davon, wie dieser hohe Anteil ersetzt würde: Es ist mit Preissteigerungen und -schwankungen zu rechnen. Dies schränkt die Wettbewerbsfähigkeit ein und vergrössert die Auslandabhängigkeit.

Das Argument, mit dem Verzicht auf Stromexporte könne auf Schweizer Kernkraft verzichtet werden, stimmt nicht, auch wenn wir einen Exportüberschuss an Strom ausweisen: Im November und Dezember tritt im Grundlastbereich ein Bedarfsüberschuss auf, und wir sind dann zwingend auf Stromimporte angewiesen. Technisch wie wirtschaftlich unsinnig wäre es, den Spitzenstrom aus den Speicherkraftwerken im Grundlastbereich einzusetzen.

### Ein Ausstieg ist wirtschaftsschädlich

Was wären die Folgen eines Atomausstiegs in der Schweiz? Erstens: Das Bremer Energie-Institut rechnet mit Stilllegungskosten von 62 (bei sofortigem Ausstieg) bzw. 46 (beim Ausstieg durch die Hintertüre) Milliarden

Franken. Zweitens führt ein Ausstieg zu einer stärkeren Auslandabhängigkeit. Drittens verursacht jede realistische Substitutionsmöglichkeit eine Zunahme des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Mit Blick auf die Zielsetzungen der Schweizer Klimapolitik – Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses um 10 Prozent – ist es kurzfristig, die Schweizer Kernkraftwerke abzustellen. Der Ausstieg hätte eine Zunahme des Kohlendioxid-Ausstosses um 13 Prozent und des Stickoxid-Ausstosses um acht Prozent zur Folge, wenn auch nicht unbedingt in der Schweiz, so doch im benachbarten Ausland, was genauso schädlich ist.

Der Ausstieg aus der Kernenergie wäre mit einer Abnahme des Bruttosozialproduktes um 0,6 Prozent verbunden. Das Bundesamt für Energie kommt zum Schluss, dass bei einem vorzeitigen Ausstieg der Strom für den Endkonsumenten um bis zu zwanzig Prozent teurer werden könnte. Dabei nicht mitgerechnet sind CO<sub>2</sub>-Abgaben und die Strukturanpassungskosten.

«MoratoriumPlus»: Im Gegensatz zum 1990 angenommenen Moratorium handelt es sich bei dieser Initiative um einen Ausstieg in Raten. Der Betrieb der Kernkraftwerke soll willkürlich auf 40 Jahre beschränkt werden. Für eine zehnjährige Betriebsverlängerung wird für jedes einzelne Kernkraftwerk ein Volksentscheid verlangt. Die Finanzierbarkeit der nötigen Nachrüstung wird wegen der langen Zeiträume also praktisch verunmöglicht.

Zur Substitution: Aus technischen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Gründen ist das Potenzial zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie oder Wind in der Schweiz viel zu gering. Lösungen im Ausland, beispielsweise mit «Windfarmen», müssten aber – und dies nicht nur bei uns – zuerst einmal politisch akzeptiert werden. ♦